

Verbände-Appell

Speicher sind keine Letztverbraucher

[02.02.2016] Der wirtschaftliche Betrieb von Energiespeichern ist durch Entgelte und Abgaben gefährdet. Mehrere Verbände appellieren deshalb in einem gemeinsamen Brief an die Politik, faire Rahmenbedingungen für die Speicher zu schaffen.

In einem Brief an die Mitglieder zweier Bundestagsausschüsse fordern die Verbände Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE), Bundesverband Neue Energiewirtschaft (bne), Bundesverband Energiespeicher (BVES), Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) und Verband kommunaler Unternehmen (VKU) die Politiker auf, das Strommarktgesetz zu nutzen, um einen einheitlichen Gesetzesrahmen für Energiespeicher zu schaffen. Die Verbände kritisieren, dass sich die wirtschaftlichen Bedingungen für den Betrieb von Batterien, Pumpspeicherwerken oder auch Power-to-Gas-Anlagen in den vergangenen Jahren verschlechtert haben. Aktuell seien ausgerechnet systemrelevante Pumpspeicherwerke von Stilllegung bedroht, Neubauprojekte würden gestoppt und andere Speichertechnologien wie etwa Batterien oder Power-to-Gas-Anlagen kämen nur sehr langsam in den Markt. Ursache für die fehlende Wirtschaftlichkeit von Energiespeichern seien vor allem die gesetzlich festgelegten Abgaben, heißt es in dem Schreiben. Die Speicherung von Strom werde gleich zweimal mit Netzentgelten belastet. Derzeit fielen Netzentgelte sowohl für das Beladen des Speichers als auch nach der Ausspeicherung beim Verbraucher an. Aus Sicht der Verbände dürfen Speicher deshalb nicht als Letztverbraucher eingestuft werden.

(al)

Verbändebrief: Appell zum Abbau bestehender Hemmnisse für Energiespeicher (PDF, 512 KB)

Stichwörter: Energiespeicher, BDEW, BEE, bne, BVES, VDMA, VKU